

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Expedition:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telephon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Post und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Zeile-Alliance-Platz 8
Druckerschrift: Copadent

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 30. Januar 1932.

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

Niederreiter und Niedergerittene.

Zum fünfundzwanzigsten Geburtstag einer Kaiserrede.

SPD. Wenn Wilhelm II., nach einem Wort Bismarcks jeden Tag Geburtstag haben wollte, so musste es ihn am 5. Februar 1907 bedünken, als nabe er gleich doppelt oder dreifach Geburtstag; er befand sich in aufgekratztter, in ausgezeichneter, in Champagnerstimmung. Denn am Spätabend dieses Wintertags schob sich eine immerzu Hurra rufende Menge vor sein Berliner Schloss, und der Hohenzoller öffnete das Fenster und redete, vom Geist beflügelt, in Prosa und Poesie zu "seinem Volke".

Was war los? Seit 1914 gellen uns die Ohren vom steten Fortissimo der Weltgeschichte so, dass uns weiter zurückliegende Ereignisse auch dann wie bei läufiger und wenig besagender Episoden vorkommen, wenn sie, wie damals, einen historischen Abschnitt darstellen und darüber hinaus allerhand Lehrhaftes für die Gegenwart enthalten. Der 13. Dezember 1906 brachte, ziemlich als Blitz aus heiterem Himmel, eine Reichstagsauflösung. Der Anlass war kaum mehr als ein Pappenstiel. Die Regierung verlangte 29 Millionen Mark für den Unterhalt von 12 000 Mann in Südwestafrika. Da aber der Aufstand in diesem Schutzgebiet vollkommen erloschen war, stellte das Zentrum, sicher nicht ohne selbststüchtige Nebenabsichten, den an sich durchaus vernünftigen Antrag, den Truppenbestand bis zum 31. März 1907 auf 8000 und danach allmählich auf 2500 Mann zu vermindern und dementsprechend die Geldforderung auf 20 Millionen Mark herabzusetzen. Die Regierung beharrte auf ihrer Vorlage, und als sie gegen die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Polen und der Elsässer in der Minderheit blieb, schickte sie das Parlament nach Hause.

Wer für diesen politischen Akt nur politische Ursachen entdeckt, nämlich in erster Reihe den sicher vorhandenen Wunsch Bülow's, der Machtstellung und den Machtansprüchen des Zentrums einigermaßen das Wasser abzugraben, verkennt das innere Wesen des wilhelminischen Kaiserreichs. In Wahrheit hing auch die Reichstagsauflösung von 1906 mit einer Hofintrige zusammen, die sich nach den inzwischen veröffentlichten Zeugnissen und ausgeplauderten Geheimnissen leicht durchschauen lässt. Fürst Bülow, der sich als Reichskanzler schon sechs Jahre in der kaiserlichen Gunst sonnen durfte, hatte in der Umgebung Wilhelms viele Neider, die ihn lieber heute als morgen in den Schatten gedrängt hätten. Zu diesem Ende flüsternten sie bei jeder Gelegenheit mit ergebener Miene dem Monarchen zu, Bülow lasse doch seit seinem Ohnmachtsanfall im Reichstag bedenklich nach, Bülow sei leider gesundheitlich offenbar nicht mehr auf der Höhe, Bülow verstehe nun einmal nicht mit Kürassierstiefeln aufzutreten, Bülow zeige sich im Grunde schlapp, und ein so forscher Kaiser bedürfe doch eines forscher Kanzlers. Das Treiben dieser Ohrenbläser blieb dem Angeschwärtzten nicht verborgen, und um überdeutlich darzutun, dass er keineswegs schlapp, dass er forsch sei, schien ihm eine Reichstagsauflösung ein um so geeigneteres Mittel, als Seine Majestät die +++Sozialdemokratie ohnehin hasste und fürchtete und neuerdings auch gegen das Zentrum starke Voreingenommenheit zeigte.

Den Wählern aber wurde der Ausgang dieser Hofkabale als grosse politische Tat hingestellt. Was heute seit Jahr und Tag im Zeichen des Hakenkreuzes geschieht, die unsagbar verlogene Aufpeitschung der trübsten Instinkte der Spiessbürger gegen die angeblich nicht nationalen Parteien, dafür bot, unter Mitwirkung des gesamten amtlichen Apparats, der Wahlkampf von 1906/7 ein glorreiches Vorbild. Dieselben gequollenen Schlagworte von "Ehr' und Gut der Nation" und "Ehre und Sicherheit des Reichs", dieselbe Verkleisterung der Gehirne mit einem klebrigen Pseudopatriotismus, dieselbe Dummacherei unpolitischer Köpfe durch Trommeln. Das Ergebnis: der "Landsturm der Nichtwähler" kam wirklich auf die Beine, die Wahlbeteiligung stieg im Vergleich zu 1903 von 76,1 auf 84,7 %, und am Stichwahltag, dem 5. Februar, erwies sich, dass die seltsamen Schlafkameraden, Konservative, Nationalliberale und Freisinnige, über eine Mehrheit verfügten, und die Sozialdemokratie statt 79 nur mehr 43 Mandate zählte. Kaum war es heraus, stand Wilhelm II. am offenen Fenster, rief den Hurraschreibern zu: "Sie werden niederreiten, was uns entgegensteht", und schmetterte Kleists Verse in die Nacht:

Was kümmert dich, ich bitte dich, die Regel,
Nach der der Feind sich schlägt....
Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste!
Die Kunst jetzt lernten wir, ihn zu besiegen,
Und sind voll Lust, sie fürder noch zu üben.

Sein Kollege Friedrich August tat es freilich billiger; er erweichte lediglich ein markiges Hütten-Wort ins kgl. Sächsische und Gemütliche: "Es ist ein Vergnügen, zu leben!"

Nur gründete dieser höchste und allerhöchste Jubel auf nichts anderem als einer rechtschaffenen Selbstverblendung. Vom Zentrum gar nicht zu reden, das seine Mandate sogar um eines vermehrt hatte, war auch der Sozialdemokratie kein einziger Wähler untreu geworden. "Niedergeritten?" Nun, sie hatte ihre Stimmenzahl von 3 010 000 im Jahre 1903 auf 3 260 000, also um eine runde Viertelmillion, gesteigert! Auch der erlösende Stosseufzer des Regierungsblattes, der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung": "Der Bann, als ob das Vorwärtsschreiten der Sozialdemokratie unaufhaltsam sei, ist endlich gebrochen" war fehl am Platz. Denn aufs Haar bestätigte sich, was die sozialdemokratische Presse damals in ihrer Uebersicht des Wahlergebnisses prophezeite: "Die Sozialdemokratie wird unaufhaltsam vorwärtsdringen. Die jämmerliche nationale Phrase, die heute noch so manchen Kurzsichtigen betört, wird bald genug abgegriffen und verbraucht sein. Der Katzenjammer wird dann um so grösser werden." Die freisinnigen Blockgenossen fanden sehr rasch ein Haar in der Suppe, die sie gemeinsam mit den Konservativen löffeln sollten, die Junker stellten bei erster Gelegenheit Bülow hinterlistig ein Bein, so dass er purzelte, und das Zentrum rückte schon 1909 wieder in seine alte Macht- und Schlüsselstellung ein. Neue steuerliche Belastung der breiten Masse, neue Skandale der Oberschicht, neue Bajazzosprünge des persönlichen Regiments trugen dazu bei, dass die Agitation der Sozialdemokratie auf fruchtbarsten Boden fiel. Bei den Reichstagswahlen von 1912 ritten die "Niedergerittenen": 4 1/4 von 14 1/4 Millionen, also fast ein Drittel aller Stimmen fielen der Partei der Arbeiterklasse zu, und mit 110 Mandaten liess sie alle andern Fraktionen des Parlaments weit hinter sich. Der "Bann" war, scheint's, doch nicht "gebrochen"!

Und der kaiserliche Niederreiter von dunnemals, ach! wo sass er knapp zwölf Jahre nach seiner hochgemuten Rede vom 5. Februar 1907!

Hermann Wendel.

SPD. Der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wegen der Erweiterung der Winterhilfe an den Reichsarbeitsminister gerichtete Brief hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

Die Ausführung der Winterhilfe für Erwerbslose erfolgt innerhalb von Grenzen, die gewisse bedürftige Kreise von den Möglichkeiten eines verbilligten

Bezuges von Kohle und Fleisch vollkommen ausschliessen. Es handelt sich hier

- 1.) um Kurzarbeiter mit Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung
- 2.) um alle Unterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge, für die keine Familienzuschläge gezahlt werden,
- 3.) um Empfänger von Unterstützungen aus der öffentlichen Fürsorge und Zusatzrentenempfänger, die keinen eigenen Haushalt führen,
- 4.) um diejenigen Erwerbslosen, die keine Unterstützung beziehen.

Die Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung sind nach den geltenden Bestimmungen von den Winterhilfsmassnahmen vollkommen ausgeschlossen. Diese Kurzarbeiter müssen aber auch in den Genuss der Verbilligungsmassnahmen der Reichsregierung kommen. Der Ausschluss von Kurzarbeitern bedeutet fast immer eine unbillige Härte. Gibt es doch z.B. im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung, die schon seit über einem Jahr kaum mehr als 3 Arbeitsschichten wöchentlich aufweisen können. Das Einkommen dieser Leute liegt häufig unter den Sätzen der Erwerbslosenversicherung. Durch die Ausschliessung von den Winterhilfsmassnahmen werden diese Kurzarbeiter nicht selten schlechter behandelt, als die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung.

Aber auch die Ausschliessung der Ledigen bezw. der Personen, die keinen eigenen Haushalt führen, von der Winterhilfe stellt eine Härte dar, die in vielen Fällen unbillig erscheint. Denn die Bedürftigkeit solcher Erwerbsloser wird sich in den meisten Fällen kaum bestreiten lassen.

Schliesslich erscheint es auch ungerecht, schematisch alle die Erwerbslosen von der Winterhilfe auszuschliessen, die keinen formalen Anspruch auf Unterstützung haben. Der Unterstützungsanspruch dieser Personen besteht meistens nur deshalb nicht, weil sie Angehörige haben, deren Einkommen die Unterstützungsgrenze übersteigt. Ihre Ausschliessung von Unterstützungsansprüchen ist wohl hauptsächlich auf finanzielle Gründe zurückzuführen. Hieraus zu schliessen, dass diese Erwerbslosen nicht bedürftig sind, scheint verfehlt.

SPD. München, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Münchener Hitlerblatt ist am Sonnabend vom Münchener Polizeipräsidenten auf 8 Tage verboten worden. Veranlassung dazu gaben Artikel des Blattes, in denen der Reichskanzler, die preussische Regierung und der preussische Innenminister böswillig beschimpft und verächtlich gemacht werden. Ausserdem wird das Verbot damit begründet, dass der "Völkische Beobachter" diejenigen an Leib und Leben bedroht, die dem Nationalsozialismus als Gegner gegenüberstehen

Das Verbot ist auf ein Ersuchen des Reichsministers des Innern zurückzuführen.

SPD. Unter den Rundfunkhörern wächst das Verlangen nach Senkung der neuen Gebühren:

Der Arbeiterradiobund, aber auch bürgerliche Radio-Organisationen und Radio-Zeitschriften verlangen von der Reichspost, dass die Senkung der Gebühren in nächster Zeit vorgenommen werde. Die Sozialdemokratie unterstützt diese Absichten. Bereits in der Verwaltungsratssitzung der Reichspost Anfang Januar haben die beiden sozialdemokratischen Vertreter, die Abgg. Banier und Dr. Hertz den Antrag auf Senkung der Gebühren gestellt. Da der Widerstand überaus gross war, glaubten sie durch den Vorschlag der sehr geringen zehnpromzentigen Senkung von 2 Mark auf 1,80 Mark pro Monat eine erste Bresche schlagen zu können. Trotzdem wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und erlitt damit das gleiche Schicksal, das der rein agitatorisch gemeinte Antrag der Kommunisten und Nazis auf Herabsetzung der Gebühren auf 1 Mark gehabt hat.

Die Ablehnung wurde von der Reichspostverwaltung mit lächerlichen ausserpolitischen Erwägungen begründet. Ausserdem aber auch mit finanziellen Erwägungen. Für die Senkung der Postgebühren standen nur 125 Millionen Mark zur Verfügung. Sie wurden aufgebraucht für die dringend notwendige Anpassung der Paketgebühren an die ermässigten Expressgutgebühren der Reichsbahn und für die Senkung des Fernportos auf 12 Pf. bei Briefen und 6 Pf. bei Karten.

Unter diesen Umständen konnte die Senkung der Rundfunkgebühren jetzt nicht durchgesetzt werden, sie muss aber die nächste dringende Aufgabe sein. Um diesem Verlangen den nötigen Nachdruck zu verschaffen, werden sich in der nächsten Zeit der Vorstand des Arbeiterradiobundes und die Freie Rundfunkzentrale damit beschäftigen, auf welchen Wegen am besten die Senkung der Rundfunkgebühren erreicht werden kann.

SPD. Washington, 30. Jan. (Eig. Bericht)

Düstere Nachrichten kommen aus dem Landessüden. Mit jedem Tage verschlechtert sich die Lage des schon in angeblichen Prosperitätstagen zu einem schleichenden Hungertode verurteilten Industrieproletariats, steigt die Zahl derjenigen, die unter der Geissel der Wirtschaftskrise zu ohnmächtigen Einzelprotesten und Verzweiflungstaten getrieben werden. In den ländlichen Distrikten von Alabama und der Nachbarstaaten leidet der Farmer schwer unter der Agrarkrise, besonders schwer aber der Neger-Kleinfarmer, der bis auf vereinzelte Fälle armseliger Pächter ist und nur noch knapp imstande ist, seine und seiner Familie Notwendigkeiten mühselig aus dem Bodenertrag zu bestreiten. Marktpreise sind so niedrig, dass selbst die grösseren Landeigner ihre Pachtleute nicht länger mit Geld- und Warenkrediten bis zur Einbringung der nächsten Ernte versehen können oder wollen. Ein grosser Teil der Landbevölkerung ist ohne die barsten Lebensnotwendigkeiten und wird nur noch durch die tatkräftige Hilfe und Unterstützung der ein wenig besser gestellten Nachbarn über Wasser gehalten.

Natürlich sind Behörden und Unternehmertum bemüht, diese Zustände zu vertuschen oder sie als die böswillige Entstellung "sozialistischer, staatsumstürzlerischer" Elemente ninzustellen. Wie es jedoch in Wirklichkeit in der vielgerühmten "Stahlmetropole des amerikanischen Südens", in Birmingham, aussieht, zeigt ein Bericht des republikanischen Mitgliedes des Bundes-Abgeordnetenhauses, George Huddleston, vor dem LaFollette-Komitee des Bundessenats eindeutig. Von einer Bevölkerung von 260 000 Seelen sind nach dem sicherlich nicht radikaler Neigungen verdächtigen Zeugnis dieses Kongressmannes über 25 000 arbeitslos, viele von ihnen in grösster Not und an der Schwelle des Verhungerns. Die Notwendigkeit für sofortige bundesamtliche Hilfsmassnahmen könne, zum mindestens was den Süden anlangt, nichtdeutlich genug hervorgehoben werden.

Aber lassen wir Huddleston mit seinen eigenen Worten sprechen: "Das Gerüchte, dass kein Mensch hungere oder zu hungern brauche, ist völliger Unsinn. Tausende von Menschen in meinem eigenen Staate haben gehungert und hungern jetzt mehr denn je. Die Gesundheit der Kinder ist durch Nahrungsmangel bedrohlich untergraben. Die physischen Folgen dieses Hungerelends werden noch nicht in fünfzig Jahren vergessen sein."

Als einen der Hauptgründe dieses Notstandes bezeichnete Huddleston die Tatsache, dass die Mehrheit der Grossindustriellen wohl ihre Einnahmen aus Birmingham ziehe, selbst aber in anderen Landesteilen lebe und sich auf diese Weise der Verpflichtung, zu den lokalen Unterstützungs- und Hilfsfonds beizutragen, entziehe. Allein während des letzten Krisenjahres sei die Zahl der in den Distrikts-Armenhäusern untergebrachten Personen um über 400 gestiegen. Politische Unrast sei in bedrohlichem Steigen begriffen. Eine in Birmingham abgehaltene Massenversammlung habe ihm, dem würdigen Huddleston, eine Resolution übermittelt, wonach er mit seiner sicheren Wahlniederlage zu rechnen habe, falls der Bundeskongress nicht bald tatkräftige Hilfsmassnahmen ergreift. Die Situa-

tion sei mit Dynamit geladen, die Bevölkerung verzweifelt.

"Wie können wir diesen Ausbeutern anders beikommen als durch Bundesbesteuerung ihrer Einkünfte?" - Mit diesen Worten kennzeichnete der von den Notschreien seiner Wählerschaft bedrängte Volksvertreter die amerikanischen Grossindustriellen, die aus dem Lande eine einzige wirtschaftliche Wüste gemacht haben und sich heute darin gefallen, von Opfern und tatkräftiger Hilfe, natürlich immer der anderen, zu sprechen. Sicherlich, die Besteuerung dieser Herrschaften ist richtig und kann, wo es um hohe Einkommen geht, gar nicht hoch genug geschraubt werden. Aber alle Steuern werden nicht genügen, um diesen wirtschaftlichen Sklaventreibern Amerikas die Situation in ihrer erbarmungslosen Nacktheit vor Augen zu führen und sie zur Erfüllung ihrer sozialen Pflichten zu zwingen. Erst wenn sie sich auch in Amerika einer einigen, klassenbewussten, auf ihre Rechte pochenden Arbeiterschaft gegenüber sehen, werden sie wissen, dass dem in ihnen verkörperten System auch hierzulande die Todesstunde geschlagen hat.

SPD. Der Sahm-Ausschuss zur Vorbereitung der Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg dürfte mit dem angekündigten Aufruf am Montag vor die Öffentlichkeit treten.

Von massgebender nationalsozialistischer Seite wird die Bildung des Sahm-Ausschusses als "Fehlspekulation" bezeichnet. Diese Äusserung ist gleichbedeutend mit einer Absage an eine Kandidatur Hindenburgs.

SPD. Kiel, 30. Januar (Eig. Drahtb)

Die zweite Versammlungswelle der Eisernen Front in Schleswig-Holstein steigt. Der Besuch der neuen Kundgebungen ist noch stärker als der der ersten. In Flensburg und Itzehoe, wo Reichstagsabgeordneter Vogel sprach, standen am Tage der Kundgebung die Städte völlig unter dem Eindruck des Aufmarsches der Eisernen Front. In Flensburg war das 1700 Personen fassende Deutsche Haus überfüllt; in Itzehoe mussten Parallelversammlungen abgehalten werden. Zuerst beteiligten sich an der Debatte nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, deren Ausführungen indessen in dem Beifall, den die Redner der Eisernen Front erhielten, völlig untergingen.

SPD. Die Pressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit:

"Einer Sitzung des Bundesvorstandes des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, die am Freitag nachmittag im Preussischen Landtag stattfand, folgte Sonnabend vormittag die Tagung des Bundesrats. Zu Beginn der Tagung, die aus sämtlichen 31 Gauen sehr stark besucht war, sprach der geschäftsführende Bundesvorsitzende Höltermann Gedenkworte für den in Braunschweig von den Nazis erschossenen Jungkameraden Meier, wobei er unter Hinweis auf die von Klagges angeordneten unwürdigen Polizeimassnahmen bei der Bestattung betonte: "Man wundert sich, dass grosse Teile der Jugend dem Staate fremd gegenüberstehen. Dabei sehen die Staatsmänner kühl zu, wie die Jugend, die sich zum Staate bekennt, erschlagen wird."

Das Hauptreferat hielt Höltermann über die Eiserne Front. Innerhalb von knapp drei Wochen ist die Bewegung mit elementarer Gewalt gewachsen. Die Parole der Eisernen Front, deren Wesen und Aufgabe Höltermann eingehend darlegte, hat im Lande gezündet und die republikanischen Massen zu unerhörter Aktivität entfesselt. Diese Aktivität wird in den grossen Kundgebungen der Eisernen

front, die am 21. Februar in ganz Deutschland stattfinden, einen ersten Höhepunkt finden.

Nach einem Bericht der auf der letzten Bundesratstagung eingesetzten Kontrollkommission, der die gesunde Grundlage der Bundesfinanzen feststellt, wurden in eingehender Aussprache alle organisatorischen und sonstig erforderlichen Massnahmen erörtert und dabei in allen Fragen Uebereinstimmung erzielt.

SPD. Genf, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat hat am Sonnabend auf Vorschlag des Generalsekretärs einstimmig den ersten Schritt gegen Japan beschlossen. Zur Erlangung von Nachrichten wurden die Regierungen, die im Rat vertreten sind und offizielle Vertreter in Schanghai haben, aufgefordert, aus ihren dortigen Beauftragten eine ausserordentliche Untersuchungskommission bilden zu lassen, die sofort einen Bericht über die Lage in Schanghai und deren Entstehung erstatten soll.

Chinas Vertreter Yen sprach über den Beginn energischer Massnahmen zur Regelung des Konfliktes seine Befriedigung aus. Schanghai sei sehr wichtig für China, aber die Mandschurei nicht weniger. Auch wegen der Mandschurei hätte China den Artikel 15 angerufen. Sato-Japan versprach, dass der Kommission bei ihrer Arbeit von seiner Regierung jede Erleichterung gewährt werde.

SPD. Der Führer der Nazi-"Arbeiterpartei" weilte dieser Tage im Ruhrgebiet. Der Zweck seiner Reise war, die Herren Industriellen um Geld anzuschmorren. Wie es sich für den Führer der Nazi-"Arbeiterpartei" geziemt, wohnte Hitler während seines Aufenthaltes im Ruhrgebiet zunächst in der Villa des Reaktionsnärs Kirdorf in Mülheim a. d. Ruhr und später bei anderen Grossindustriellen, die in ihrer prinzipiellen Abneigung gegen jede Sozialpolitik hinter dem Reaktionsnär Kirdorf nicht im geringsten zurückstehen.

SPD. Darmstadt, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Im Gesetzgebungs-Ausschuss des Hessischen Landtags gelang es den Nationalsozialisten mit Hilfe der Kommunisten, einen Antrag durchzusetzen, nach dem die Strafvollstreckung der wegen Polizeivergehen oder -verbrechen Verurteilten ausgesetzt werden soll, bis der Landtag die nationalsozialistischen und kommunistischen Amnestieanträge behandelt hat. Von dem Antrag würde im gegebenen Falle auch ein Verfahren gegen den Nationalsozialisten Stier betroffen, der in Gross-Gerau zwei Arbeiter ermordet hat und gegen den Termin am 11. Februar vor dem Darmstädter Schwurgericht ansteht. Stier soll nach dem Wunsche der Kommunisten frei ausgehen.

SPD. Paris, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Der bekannte französische Wirtschaftspolitiker Romier nimmt in einem Artikel des "Paris Midi" zu dem Scheitern der Vorverhandlungen über das Reparationsproblem Stellung und beklagt die besonders in Frankreich bestehende Auffassung, dass ein Zeitgewinn heute den besten Gewinn darstelle, mit anderen Worten, dass, wenn man den Dingen ihren Lauf lasse, sich von selbst eine Lösung ergeben werde.

Diese Haltung, erklärte Romier, sei gefährlich für Frankreich, weil es auf diese Weise nicht die Trümpfe und Mittel anwenden könne, die es besitze und weil Deutschland daraus nur Nutzen ziehen würde. Für das Schulden- und

Reparationsproblem könne eine praktische Lösung gefunden werden. Aber zuerst müsste man einige Irrtümer beseitigen. Der erste bestehe darin, zu glauben, dass man nach einem Sinken der Werte und Weltpreise um ein Drittel bis zur Hälfte Schuldsummen aufrecht erhalten könne, die auf Grund eines viel höheren Niveaus der Arbeitslöhne und Warenpreise aufgestellt worden seien. Sämtliche Zahlungen müssten der Komplikation der Weltpreise angepasst werden. Ein anderer Irrtum sei, anzunehmen, dass Amerika den ersten Schritt auf dem Wege zu der Lösung machen werde. Amerika befinde sich in einer politischen und finanziellen Lage, die es ihm nicht erlaube, die Initiative zu ergreifen. Ausserdem habe es Furcht, betrogen zu werden. Es werde sich zu einem solchen Schritt erst nach dem Beispiel Europas entschliessen. Der dritte Irrtum sei schliesslich, Deutschland als gegenwärtig zahlungsunfähig zu betrachten und ihm ein Moratorium zu gewähren, das keine Hypotheken auf sein Kapital und keine automatische Wiederaufnahme der Zahlungen nach Beendigung der Krise vorsehe.

Inbezug auf Deutschland macht Romier folgenden Vorschlag: Deutschland könne seinen Gläubigern Reichsbahnobligationen für eine Summe übergeben, die dem Betrag seiner Schuld zu dem heutigen Werte entspricht. Die Kupons seiner Obligationen müssten so berechnet werden, dass Deutschland für eine bestimmte Zeit gewissermassen den Vorteil eines Moratoriums geniesse. Eine solche Lösung würde alle diejenigen in Europa beruhigen, die die mögliche Konkurrenz Deutschlands nach Entbindung von allen Schulverpflichtungen befürchten.

SPD. Der frühere Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei Oberst a.D. von Gilsa ist aus der Volkspartei ausgetreten. v. Gilsa wird sich entweder den Deutschnationalen oder den Nationalsozialisten anschliessen. Es ist zu erwarten, dass sich ein grosser Teil der Volksparteiler des Wahlkreisverbandes Düsseldorf-West dem Vorgehen v. Gilsa's anschliessen wird. Insofern steht die Deutsche Volkspartei vor einer neuen Krise.

Die westlichen Landes- und Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei, die fast ausschliesslich unter schwer-industriellem Einfluss stehen, drängen schon seit Jahren nach rechts. Erst vor wenigen Monaten haben sie ihre Parteileitung in Berlin unter der Führung des jetzt aus der Volkspartei ausgetretenen Herrn v. Gilsa ultimativ aufgefordert, sofort Anschluss nach rechts zu suchen und auf jede Unterstützung der Regierung Brüning zu verzichten. Dingeldey gehorchte auf's Wort! Nach heftigen Auseinandersetzungen beschloss die volksparteiliche Reichstagsfraktion auf Dingeldey's Vorschlag, von Brüning ein ausgesprochen rechts gerichtetes Kabinett mit Nationalsozialisten zu fordern und für den Fall, dass dieser Forderung nicht entsprochen werden sollte, Brüning jede weitere Unterstützung zu versagen. Brüning kam der Forderung der volksparteilichen Kolonie im Reichstag nicht nach. Die Folge war, dass sich die volksparteilichen Reichstagsabgeordneten in ihrer Mehrheit auf die Seite der Rechten schlugen und mit Pauken und Trompeten nicht nur zur Harzburger Front flüchteten, sondern sich von ihr zugleich auch als gefügiges Werkzeug benutzen liessen. In den westlichen Landesverbänden der Volkspartei wurde das begrüsst, während die Willenlosigkeit und mangelnde Entschlusskraft der Volkspartei, zu einer klaren politischen Linie zu gelangen, in anderen Landesteilen, wie beispielsweise in Süddeutschland, auf heftigen Widerstand stiess. So kämpfen zur Zeit innerhalb der Volkspartei zwei Richtungen und zwar die eine für und die andere gegen Brüning. Aus diesem Durcheinander hat von Gilsa jetzt die Konsequenzen gezogen, indem er aus der Volkspartei ausgetreten ist und dort hinget, wohin er schon lange gehört: zu der vereinten Reaktion von Hitler und Hugenberg.

Mit dem Austritt von Gilsa's aus der Volkspartei wird der Auflösungsprozess, in dem sich dieses Zwittergebilde nunmehr bereits seit langer Zeit befindet, weiter beschleunigt. Bisher sind Herrn Dingeldey aus dem Reichs-

gebiet immerhin noch gewisse Mittel zugegangen, die nach der Flucht v. Gilsa's völlig ausbleiben werden. Das bedeutet für die Volkspartei, die Einnahmen von ihren Mitgliedern überhaupt nicht aufzuweisen hat, ein besonders heftiger Schlag. Immerhin dürfte Herr Dingeldey, der ewige Schaukler, auch daraus keinen Nutzen ziehen und sich zu einer konsequenten Politik der Mitte entschliessen. So werden sich auf die Dauer immer mehr die Worte bestätigen: Vom letzten Wähler macht uns frei, unser Führer Dingeldey!

SPD. Genf, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Ueber der mehr als vier Stunden langen Sonnabend-Sitzung des Völkerbundesrates lagerte der Druck der Kriegsbefürchtungen, die durch die kaum verhüllten Drohungen des japanischen Delegierten noch verstärkt wurden. Mitten in einer Schein-Debatte um nichtige Einwände Japans verbreitete sich die Kunde von einer alarmierenden Reuter-Depesche über eine bevorstehende Kriegserklärung Chinas an Japan im brechend überfüllten Ratssaale. Obwohl offiziell keine Notiz davon genommen wurde und Chinas Vertreter sie auf schriftliche Anfragen der Pressevertreter dementierte, waren die abschliessenden Erklärungen sehr abgekürzt und nicht mehr zu verstehen.

Der Generalsekretär liess zur Erlangung von Nachrichten in Anwendung des Artikels 15 des Völkerbündspaktes die im Rat und in Schanghai vertretenen Regierungen zu Beginn der grossen Aussprache auffordern, aus ihren Beauftragten in Schanghai sofort eine ausserordentliche Untersuchungskommission bilden zu lassen, die umgehend einen Bericht über die Lage in Schanghai und deren Entstehung erstatten soll. Die Vertreter von Italien, England, Deutschland, Spanien, Norwegen und Japan erklärten die Bereitwilligkeit ihrer Regierungen, die unmittelbar die nötigen Anweisungen geben würden. Dann bestritt der Japaner Satō vor allem, dass die Prozedur des Artikels 15 automatisch auf Anrufung von einer Seite in Aktion treten müsse. Seine Ausführungen wurden jedoch von Lord Cecil-England, Marinkowitsch-Jugoslawien und Zulusa-Spanien unmissverständlich scharf zurückgewiesen. Paul Boncour beschränkte sich zum Schluss auf die Feststellung, dass der Rat seine erste Pflicht, so schnell als möglich für Nachrichtenunterlagen zu sorgen, erfüllt habe. Damit ist trotz aller scheinjuristischen Winkelzüge Japans der erste tatsächliche Schritt gegen diesen Friedensstörer vom Rat gewagt worden.

Hinter der ungeheuren Wucht der dramatischen Debatte um das Schicksal des Weltfriedens verschwand leider ein grosser Skandal in der Frage des Minderheitenschutzes. Der Rat hiess gegen nur sehr schwache Aeusserungen der Vertreter Irlands, Deutschlands und Norwegens stillschweigend einen Bericht des japanischen Vertreters gut, nach dem die Ukrainer in Polen, die im polnischen Wahlkampf von der polnischen Regierung massakriert worden waren, als "revolutionäre Elemente" abgefertigt werden, die den Minderheitenschutz für ungerechtfertigte Beschwerden missbraucht hätten. Die angeblichen Disziplinarstrafen gegen polnische Beamte durch die polnische Regierung wurden als ausreichend bezeichnet.

In geheimer Sitzung wählte der Völkerbundsrat die Regierungskommission des Saargebiets auf ein Jahr neu. Neugewählt wurde das englische und jugoslawische Mitglied. Die Kommission setzt sich künftig zusammen aus Knox-Grossbritannien (Präsident), von Ehrnrooth-Finnland, Cossmann-Saargebiet, Morize-Frankreich, Zoritschitsch-Jugoslawien. Der neugewählte Präsident war bisher Botschaftsrat an der englischen Botschaft in Madrid. Das neue südslawische Mitglied war früher Präsident des jugoslawischen Verwaltungsgerichtshofes in Zagreb.

SPD. Paris, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

In Paris wurde am Sonnabend der ausserordentliche Kongress der Sozialistischen Partei zur Festlegung der Taktik für die Kammerwahlen eröffnet. Der Führer der Kammerfraktion, Léon Blum, erstattete in einer meisterhaften und oft von Beifall unterbrochenen Rede Bericht.

Blum erklärte, dass der Ausschuss als Wahlplattform die wichtigsten Punkte des Wahlprogrammes empfehle, das für die Kammerwahlen im Jahre 1928 ausgearbeitet worden sei. Niemals seien die Umstände für die Wahlpropaganda der Sozialistischen Partei günstiger gewesen als jetzt, weil sie noch niemals so tragisch und unheilvoll gewesen seien. Die furchtbare Krise, unter der die ganze Welt leide, sei ein glänzender Beweis für die Richtigkeit der sozialistischen Deduktion und für das gänzliche Scheitern des Kapitalismus. Die Krise sei trotz der grössten Anstrengung ausgebrochen, die der Kapitalismus zu seiner Rettung unternommen habe. Eine Gesellschaft, die nicht imstande sei, ihren Mitgliedern Arbeit und Brot zu verschaffen, werde ihr eigenes Todesurteil aussprechen. (Langanhaltender Beifall).

Blum kommentierte dann die verschiedenen Punkte der Wahlplattform: Die sozialistische Partei vertrete den Standpunkt, dass die Sicherheit durch Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung erreicht werden müsse. Es bestehe kein Zweifel darüber, dass das Schicksal der Abrüstungskonferenz von dem Ausgang der französischen Wahlen abhängt. Die furchtbarste Waffe des modernen Krieges, das Militärflugzeug, müsse abgeschafft werden und die Handelsluftschiffahrt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt werden. Die Einführung der Verhältniswahl und des Frauenstimmrechts sei notwendig, aber bei der Wahlkampagne dürfe das Verhältnissystem nicht als ein Gegenmanöver gegen die zurzeit der Kammer vorliegende Wahlreform hingestellt werden, sondern als etwas, das die Partei um dieser selbst willen verlange. (Stürmischer Beifall)

Nachmittags begann die Debatte über den von Blum gegebenen Bericht. Zaromski betonte mit besonderer Schärfe die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Krieg. Der Bürgermeister von Roubaix, Lebas, legt bei der Wahlkampagne vor allem auf die Verteidigung der sozialistischen Ideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Wert.

SPD. London, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Tschiangkaischek hat die Kommandanten und Truppen der chinesischen Armee in einem Manifest aufgefordert, die Waffen in die Hand zu nehmen und sich gegen Japan zu wehren. Obgleich er sich, so heisst es in dem Manifest, von allen Ämtern zurückgezogen habe, sei er doch bereit, mit seinen Kameraden zu sterben. Wenn er den Auftrag erhalte, werde er zum Schlachtfeld gehen. Die revolutionären chinesischen Truppen würden sich lieber wie ein Stein zermahlen lassen als ein Leben wie Ziegel fristen.

Die chinesische Regierung lässt amtlich erklären, dass sie nunmehr entschlossen sei, weiteren Angriffen auf chinesischem Gebiet Widerstand zu leisten.

SPD. Darmstadt, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Die hessischen Nationalsozialisten hatten nach ihrem Wahlerfolg mit Hilfe der Kommunisten die Einsetzung eines Unterausschusses gegen den sozialdemokratischen Innenminister Leuschner und gegen Ministerialdirektor Neuroth durchgesetzt. Der Ausschuss sollte "Verfehlungen" des Ministers nachweisen, die in der Beeinflussung der Justiz und in der Unterhaltung von "Spionen" bei Gericht bestanden haben sollten. Die Nationalsozialisten vermochten für diese Behauptungen jedoch nicht den Schatten eines Beweises zu erbringen. Infolgedessen blieben sie bei der Abstimmung allein. Die Angelegenheit wurde deshalb als "unerledigt" an das Plenum des Landtags zurückverwiesen.

Es ist die alte Methode der Nazis: Erst verleumdete sie wochenlang und wenn es dann gilt, ihre Behauptungen zu beweisen, dann kreißen sie, oder sie werden, wie jetzt wieder im hessischen Landtag, als elende Verleumder entlarvt.

SPD. Leipzig, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat sich am Sonnabend wieder einen unglaublichen Streich geleistet. Er hat das Urteil der Vorinstanzen in dem Beleidigungsprozess zwischen dem Reichsinnenministerium und Hugenberg aufgehoben.

Dem Prozess liegt ein Artikel zugrunde, den Hugenberg am 31. Oktober 1931 nach dem Volksbegehren gegen den Youngplan in einer Reihe seiner Zeitungen veröffentlicht hat, und in dem es heisst: "Einerlei, was die Organe des Reichsinnenministeriums beim Volksbegehren herausrechnen" und "Hoffentlich wird inzwischen nicht allzusehr retuschiert". Diese Sätze enthalten zweifellos den Vorwurf der Wahlfälschung und damit eine Kollektivbeleidigung gegen die mit der Berechnung des Volksbegehrens betrauten Beamten. Aus diesem Grunde verurteilten das Schöffengericht und das Landgericht I Berlin Hugenberg zu 500 Mark Geldstrafe.

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat entgegen dem in einer Revisionsverhandlung üblichen Weg der Zurückverweisung an die Vorinstanz in der Sache selbst entschieden und Hugenberg freigesprochen. Seine Begründung lautet "Allgemeine Erfahrungssätze und Auslegungsregeln gehören zu dem der Nachforschung durch die Revisionsinstanz unterliegenden Gebiet. Vor allem tritt die Missachtung allgemeiner Erfahrungsregeln darin hervor, dass das Urteil der Vorinstanz schlechthin und ohne nähere Erklärung behauptete, die Angriffe bezögen sich auf alle an der Ermittlung des Abstimmungsergebnisses beteiligten Beamten. Eine derartige Auslegung ist nicht möglich. Nach richtiger Auslegung kann Hugenberg nur besonders verbitterte, also ins Unfassbare gerückte Kreise, gemeint haben. Eine Zurückverweisung zwecks weiterer Aufklärung bedarf es nicht. Was die Frage der Anwendung des § 193 betrifft, so ist zu bedenken, dass die Äusserung des Angeklagten nicht dem eigenen Interesse, sondern dem Interesse der Allgemeinheit an der Aufdeckung von Unregelmässigkeiten dienen sollten."

Diese Begründung ist nicht nur seltsam, sie ist geradezu ungeheuerlich. Wird sie zur Rechtsgrundlage erhoben, dann sind die Beamten der Ministerien in Zukunft vogelfrei, dann ist jeder Verleumdung gegen sie Tür und Tor geöffnet. Eine Einschränkung ist hier nur insofern zu machen, als der Verleumder nicht Republikaner sondern ein "nationaler" Mann sein muss wie Herr Hugenberg.

SPD. Köln, 30. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Schwurgericht in Köln verurteilte am Sonnabend die 33 Jahre alte Arbeiterfrau Heinrich Harbecke wegen Tötung ihrer vier Kinder im Alter von 2 bis 9 Jahren zu 4 Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 6 Jahre beantragt.

Die blutige Tragödie hatte sich am 22. Juni vorigen Jahres in dem Dorf Forsbeck bei Köln abgespielt. Die Verhandlung rollte ein wahres Martyrium der Frau auf, die von Kindesbeinen an schwer arbeiten musste und von ihrem Mann oft misshandelt wurde. Auch die Kinder hatten unter der Roheit des Mannes zu leiden. Am Tage der unsinnigen Tag verprügelte der Mann die Frau wieder so unmenschlich, dass die Kinder schrienen: "Vater, lass die Mutter doch los, Du machst sie ja tot!" Als der Mann sich später entfernte, errichtete die Frau einen Altar, zündete darauf Kerzen an und betete für sich und ihre Kinder. Dann schnitt sie den Kindern mit einem Rasiermesser die Häse durch und brachte sich selbst tiefe Schnittwunden bei, um ihr Leben zu beenden. Sie wurde jedoch gerettet.

An die deutsche Jugend.

Hinein in die Eiserne Front !

SPD. Die Reichskampfleitung der Eisernen Front hat aufgerufen zum Kampf für die bedrohte Freiheit des deutschen Volkes und für die Erfüllung der Verheissungen in der Verfassung von Weimar. Der Katastrophenpolitik und den Diktaturplänen des Nationalsozialismus soll die geschlossene Kampffront des republikanisch und freiheitlich gesinnten Volkes entgegengestellt werden.

In dieser Front für soziale Gerechtigkeit, für innere und äussere Freiheit, für Frieden und allgemeine Abrüstung, steht auch die Jugend. In diesem Kampf gegen Bürgerkrieg und Diktatur entscheidet sich das Schicksal der Jugend, von seinem Ausgang hängt die Zukunft der jungen Generation unseres Volkes ab.

Die Gegner der Demokratie und der Republik behaupten, die Mehrheit und der aktivste Teil der deutschen Jugend stünden in ihren Reihen. Das ist nicht wahr. In unseren Organisationen stehen Hunderttausende junger Menschen, die sich begeistert zu den Zielen und Parolen der Eisernen Front bekennen. Wir haben bisher dem Geschrei der anderen unsere zähe praktische Arbeit für die Ziele der Demokratie und des Sozialismus entgegengestellt. Jetzt aber sollen Freunde und Gegner wissen, dass neben den Männern und Frauen der Eisernen Front auch eine kampfbereite Jugend steht.

Wir rufen die Jugend unserer Verbände, wir rufen die vorwärtsdrängende, freiheitlich gesinnte Jugend im ganzen Land, bereit zu sein für den Dienst in der Eisernen Front. Bereit zum Dienst, das heisst, dass wir an allen Plätzen, an denen wir mit jungen Menschen in Berührung kommen, am Arbeitsplatz, auf den Stempelstellen, in den Berufsschulen unter der Jugend werben für die Demokratie und für eine neue gerechtere Wirtschaftsordnung. Viele unter uns können noch nicht als aktive Mitglieder in die Formationen der Eisernen Front eingereiht werden; aber es ist keiner so jung, dass er nicht zum Werber für die Ideen der Eisernen Front werden kann. Es ist unsere besondere Aufgabe, in den nächsten Monaten der gesamten Jugend unseres Volkes begreiflich zu machen, dass ihre Zukunft entschieden wird im Kampf der Eisernen Front.

Wenn die Kampfleitungen der Eisernen Front rufen, um in öffentlichen Kundgebungen Ziel und Inhalt ihres Kampfes zum Ausdruck zu bringen, dann werden die Jungen zur Stelle sein. Wir setzen dem Vernichtungswillen der Gegner unsere Einheit entgegen. Wo es um die Freiheit und das Leben der arbeitenden Jugend geht, sind wir eins im Willen und im Handeln.

Für die Jugend der freien Gewerkschaften:

Walter Maschke.

Für die Jugend der Arbeitersportverbände:

Fritz Wildung.

Für die Sozialistische Arbeiterjugend:

Erich Ollenhauer.

Für die Jugend des Reichsbanners "Schwarz-Rot-Gold":

Artur Pape.

SPD. Tokio, 30. Januar (Eig. Drahtb.)
Eine Kriegserklärung Chinas an Japan lag hier bis Sonnabend abend nicht vor. Man rechnet jedoch damit, dass die chinesische Regierung sich einem weiteren Vormarsch der Japaner nunmehr mit Waffengewalt widersetzen wird.

Aus aller Welt

Lebt Goethe noch?

Reportage in der Dichterstadt - Schänder des Geistes.

SPD. Weimar, Ende Januar (Eig. Bericht)

Der Führer, der die zahlreichen kleinen Trupps von Fremden durch das Goethe-Nationalmuseum auf dem Frauenplan in Weimar geleitet, dämpft bei den Worten "Und dies ist das Sterbezimmer Goethes" die Stimme. Die Fremden stehen stumm und ehrfürchtig vor der Stätte, an der am 22. März 1832 der grösste Dichter deutscher Sprache seinen Geist aufgab.

Was jetzt stolz und offiziell Goethe-Nationalmuseum heisst, war ehemals die Ministerwohnung des Herrn Geheimrat Goethe. Auf dem einst freien Platz vor dem Nationaltheater, dessen Leiter Goethe lange Jahre hindurch war, steht ein ehernes Monument, das ihn vereint mit Schiller darstellt. Aber - vom Goethehaus aus sieht man auch die lokale Parteizentrale der Nazis; eine riesige Hakenkreuzfahne weht im Winde: herausfordernd ist diese Schändung des grössten Andenkens der Nation.

An die Ausgestaltung der Weimarahalle wird die letzte Hand gelegt. Die Weimarahalle soll der Mittelpunkt aller feierlichen Veranstaltungen der kommenden Goethe-Gedächtniswoche werden: Reden Thomas Manns, Walter v. Molos und Gerhard Hauptmanns sind vorgesehen; Vorträge berühmter ausländischer Professoren über Goethe und die Welt, Goethe und Frankreich, Goethe und Spanien, Goethe und Skandinavien....

Der Worte werden genug gewechselt werden. Aber ist dieses festlich gestimmte, behördlicherseits als Dichterstadt propagierte Weimar wirklich und wahrhaftig noch die Heimatstadt Goetheschen Geistes, die seelische Zuflucht aller, die Trost und Erkenntnis suchen in der Atmosphäre des Dichters? Lebt Goethe noch in Weimar?

"Der Weisse Schwan begrüsst Dich jederzeit mit offenen Flügeln!" schrieb Goethe an seinen Freund Zelter nach Berlin, um ihn zu einem Besuch in Weimar anzuregen. Zelter kam und stieg im "Weissen Schwan" ab, dem vielhundertjährigen Gasthaus neben Goethes Haus. In der Ratsstube sassen sie zusammen und zechten, wie nach ihnen Liszt, Böcklin, Lenbach. Die Limusinen der Fremden parken heute vor dem Schwan. Aber drinnen in der Wirtsstube hat sich wenig verändert seit hundert Jahren. Wieder sitzen die Weimarer Bürger beim Dämmerchoppen und diskutieren über die Fragendes Tages. Wir setzen uns vor ein Glas Bier in die Ofenecke und lauschen den Gesprächen am Stammtisch....

"Wie war das doch, Herr Sanitätsrat Vulpius, als Ihre Grosstante den Geheimrat Goethe kennen lernte?" wird der alte Herr gefragt, der sichtlich dem Tisch präsidiert. - "Wenn es Sie nicht langweilt, meine Herren..." antwortet der Sanitätsrat. "Mein Grossvater Christian August Vulpius, der sich ohne viel materiellen Erfolg als Schriftsteller versucht hatte, war arbeitslos und suchte eine Stellung. Seine hübsche junge Schwester Christiane hatte bei Gelegenheit den Geheimrat Goethe kennen gelernt und versprach ihrem Bruder, diese Beziehung für ihn auszunützen. Sie verfasste eine Bittschrift an Goethe und überreichte sie ihm im Stadtpark, als er gerade seinen Spaziergang machte. Und dieses Zusammentreffen wurde für beide zur Schicksalsfügung. Sie verliebten sich, schnell wurden ihre Beziehungen eng und herzlich, Goethe nahm Christiane in sein Haus auf. Trotz des Entsetzens der ganzen sittenstrengen Stadt und des herzoglichen Hofes lebte Goethe achtzehn Jahre lang mit Christiane Vulpius."

in freier Ehe - welcher Mut mag in damaliger Zeit für einen Mann vom Range Goethes dazu gehört haben, der moralisierenden Kamarilla zwei Jahrzehnte lang zu trotzen! In einem Gedicht sagt Goethe einmal: "Ihr könnt mir immer ungeschämt wie Blüchern Denkmal setzen, Von Franzen hat er Euch befreit, Ich von Philisternetzen." Erst nach der Schlacht bei Jena, als Christiane ihn während der französischen Einquartierung mutig gegen ein paar rauflustige französische Soldaten verteidigte, überwand er, scheinbar aus Dankbarkeit, seine Scheu vor der kirchlichen Zeremonie und vermählte sich mit ihr." - "Ihr Vater hat wohl Goethe noch gekannt, Herr Sanitätsrat?" - "Gewiss, er ist unter Goethes Augen zusammen mit dessen Enkeln Walther und Wolfgang aufgewachsen. Walther war mein Pate, und ich habe oft das Goethehaus betreten, das damals noch der Familie gehörte, um ihn zu besuchen. Als er einsam in einem Leipziger Hotel starb, war ich der Einzige, der ihm die Augen zudrücken konnte..."

+

An unserem Tisch sitzt ein einfach gekleideter Mann, der interessiert den Gesprächen der "Honoratioren" zuhört. Jetzt wendet er sich an uns. "Sie sind fremd in Weimar? Sicher sind Sie wegen des Goethe-Jubiläums gekommen. Alles spricht hier von Goethe. Aber wer aus dem Volk hat wirklich Gelegenheit mehr über ihn zu erfahren? Und wer hat heutzutage Sinn dafür? Ja, wenn man Verdienst hätte, dann könnte man sich auch wieder andere Interessen leisten.. Wir haben vielleicht zuviel Goethe hier - und zu wenig Fabriken. Ich bin nämlich Maschinenschlosser von Beruf, zur Zeit arbeitslos... Und das ist so: in Weimar kann man heute fast nur noch Arbeit bekommen, wenn man sich nationalstisch aufspielt; am liebsten sehen es die Unternehmer, wenn man Mitglied bei den Nazis ist...."

+

"Askan Schmitt hat das Wort!" ruft man lachend am Stammtisch. Er scheint nicht sehr ernst genommen zu werden, der weissbärtige kleine Mann, dessen Bäuchlein die Knöpfe des speckfleckigen Gehrocks zu sprengen droht. Es sieht so aus, als räume man ihm das Narrenrecht eines stadtbekanntem verschrobenen Philosophen ein. "Man hält mich für närrisch", sagt Askan Schmitt, "weil ich immer die zünftige Goethe-Philologie "veräppelt" habe. Aber was macht man aus Goethe in der Schule! Wie vereckelt man ihn den Kindern mit Auswehdiglernen und Schematisieren! Kein Fünkchen Interesse für Goethe lässt man in ihnen übrig. Resultat: das längste Goethejahr reicht nicht aus, um all das nachzuholen, was das vergangene Jahrhundert an Goethe versäumt hat. Fräulein Silvia! ruft Herr Schmitt hinter die Theke, wo die hübsche Tochter des Schwanenwirts arbeitet, "haben Sie nach Ihrer Schulzeit aus freien Stücken einmal Goethe gelesen?" - Fräulein Silvia wird ein wenig rot und schämt sich... "Danke, das genügt! Sehen Sie, meine Herren, das ist es, was ich immer sage: wer mit Goethe leben kann, der tut es auch in Krotoschin; wer es nicht kann, der bring es auch nicht in Weimar fertig...."

+

+

+

200 000 Mark unterschlagen! In dem östlich von München gelegenen Städtchen Wasserburg hat die 40 Jahre alte Postagentin Anna Steubl 200 000 Mark Amtsgelder unterschlagen. Die ungetreue Beamtin flüchtete mit Hilfe und in Begleitung eines Postbeamten über die Grenze nach der Tschechoslowakei.

+

+

+

Spiel des Schicksals. Der englische Matrose E.A. Evans ist durch einen glücklichen Zufall dem Schicksal der mit dem englischen U-Boot "M.II" untergegangenen Mannschaft entkommen. Evans hatte an dem Tage, an dem das U-Boot "M.II" zu seiner Todesfahrt startete, seine Entlassung erhalten, um die er aus privaten Gründen nachgesucht hatte. Die Entlassungsurkunde erreichte ihn noch so rechtzeitig, dass er die letzte Fahrt des U-Boots nicht mitzumachen brauchte...

+

+

+

Deycke=Anwalt für Calmette! Am Sonnabend erhielten im Lübecker Kindertod Prozess die Verteidiger noch einmal das Wort zu einer Erwiderung auf die Ausführungen der Staatsanwaltschaft und der Nebenkläger. Rechtsanwalt Dr. Darboven, der Verteidiger der Schwester Anna Schütze, behauptete von der Staatsanwaltschaft, dass sie ihre harten Strafanträge unter dem Druck der öffentlichen Meinung gestellt habe. Dr. Ihde, der Verteidiger Professor Deyckes, betonte, dass sein Mandant im strafrechtlichen Sinne unschuldig sei. Ferner wandte sich Dr. Ihde gegen die Ausführungen R.-A. Dr. Witterns am Freitag: "Dr. Wittern hat gesagt: Sind die Angeklagten schuldig, so sind sie es durch Calmette geworden. Calmette hatte seinen Irrtum, dass der BCG nicht in seine virulente Urform zurückzuschlagen könne, der Öffentlichkeit leichtfertig eingehämmert. Von diesem Angriff Dr. Witterns auf Calmette rückte ich ab. Für Professor Deycke ist Calmette immer noch der verdiente ehrenwerte Forscher, der er immer gewesen ist. Die Unschädlichkeit des BCG ist Professor Deycke auch nicht von Calmette eingehämmert worden. Professor Deycke ist zu dieser Auffassung auf Grund seiner früheren eigenen Studien gelangt. So ist Professor Calmette nicht verantwortlich zu machen." - Am Montag haben die Angeklagten das letzte Wort.

Verhafteter Bankier. In Berlin wurde der Bankier Dr. Ernst Wallbach, Leiter der Bankfirma Blumenthal & Wallbach, festgenommen. Wallbach steht unter dem Verdacht der Devisenschiebung.

Neue Dichterakademie. Die literarische Sektion der preussischen Akademie der Künste hat ihren Mitgliederbestand von 25 auf 31 vermehrt. Die neu gewählten Mitglieder der Dichterakademie sind der Lyriker Gottfried Benn, der Lyriker und Novellist Rudolf Binding, der österreichische Schriftsteller Max Mell, der Essayist Rudolf Pannwitz, der Romanschriftsteller Alfons Paquet und die Romanautorin Ina Seidel, nach Ricarda Hoch die zweite Frau innerhalb der Dichterakademie. In der Vergrößerung der Dichterakademie glaubt man den Wunsch und Willen zu einer erhöhten sozialen und künstlerischen Aktivität im Goethe-Jahr erkennen zu dürfen.

Massenbrandstiftung. Die Brandstiftungen nehmen im südwestlichen Mecklenburg, vor allem in der Dömitzer Gegend, neuerdings wieder stark zu. In Vielank, das im vergangenen Jahre durch etwa 30 Grossfeuer heimgesucht worden ist, wurden innerhalb einer Nacht wiederum fünf Wohn- und Wirtschaftsgebäude eingeäschert.

Achtfacher Mord. In Elma (Manitoba, USA) wurden 8 Mitglieder einer zehnköpfigen Familie erstochen und 2 schwer verletzt aufgefunden. Der Täter ist noch unbekannt. Vermutlich ist es ein Wahnsinniger.

Mörder auf Wunsch? In Klein-Gmünden (Hessen) hat ein 18-jähriger Gärtnergehilfe seinen 21-jährigen Kollegen erschossen. Der Mörder behauptet die Tat auf Wunsch des Getöteten ausgeführt zu haben. Die Beweggründe der furchtbaren Bluttat sind noch ungeklärt.

Zwerg im Felsengrab. Etwa 60 Kilometer südlich von Cairo hat die Expedition der amerikanischen Universität von Pannsylvania bei der Pyramide von Meydum interessante Entdeckungen gemacht. In zahlreichen Steingräbern im Umkreis der Pyramide wurden die Mumien der Verwandten und Höflinge des Pharaos, des ersten Königs der vierten Dynastie, aufgefunden. Die Köpfe einiger Mumien waren mit bemalten Masken aus Papyrusblättern bedeckt. In einer Felskammer wurde das Skelett eines Zwerges gefunden.

Inflation für Osthilfe?

Ablösungsscheine mit Steuer- und Bauerngeldern.

SPD. In völliger Unkenntnis der Lage am Kapitalmarkt wurde im Frühjahr vorigen Jahres ein umfangreiches Entschuldungsprogramm für die ostdeutsche Landwirtschaft aufgestellt. Die Voraussetzung dafür war, Kredite aufnehmen zu können, um die seit langem fällige Sanierung durchzuführen. Diese Voraussetzung erfüllte sich nicht und hätte sich auch nicht erfüllt, wenn es nicht zu der Bankenkrise im Juli vorigen Jahres gekommen wäre. Diese Situation fand der neue Reichskommissar Schlange-Schöningen vor, der im November 1931 sein Amt antrat und sich redliche Mühe gab, die Osthilfe zu neuem Leben zu erwecken. Aber es war kein Geld da. Und so blieb nichts anderes übrig, um die drückende Schuldenlast zu lindern, als die Verkündung eines Moratoriums.

Danach wurde gehandelt. Jeder Landwirt östlich der Elbe konnte ein Sicherungsverfahren beantragen, das zu einer Zusammenlegung, zu einer Verringerung der Zinsen und Schulden führen soll. Ausserdem wurden durch eine besondere Zinssenkung die Lasten der Landwirtschaft beträchtlich vermindert. Dabei wurde aber der Personalkredit völlig zerstört. Die Rechtspresse behauptete zwar, dass an der Kreditfähigkeit und -würdigkeit der ostdeutschen Landwirtschaft nichts mehr zu zerstören sei, weil eine Kreditfähigkeit und Kreditwürdigkeit nicht mehr vorhanden wäre. Das wurde aber nur so gesagt. Es zeigte sich nämlich sehr bald, dass der Frühjahrkunstdüngerabsatz nicht in Gang kommen wollte, weil die Händler sich weigerten, das Risiko zu übernehmen, an eine Landwirtschaft die für die Bestellung notwendigen Lieferungen durchzuführen, die nach ihren eigenen Angaben nicht mehr kreditfähig waren. Das war nun wieder nicht nach dem Geschmack der Düngerindustrie und der Landwirtschaft. Man malte das Gespenst von der kommenden Hungersnot, von den Brotkarten im Jahre 1933. Alles das war sicherlich mit Absicht schwarz in schwarz gemalt. Aber wenn die Landwirtschaft nicht düngte, musste die Ernte darunter leiden. Das Reich, das dermaleinst die Ostnotverordnung damit begründete, man müsse die Ernte durch diese Verordnung sicherstellen, musste man eingestehen, dass das angeblich zum Schutze der Ernte erlassene Moratorium die Ernte in Wirklichkeit bedroht. So musste das Reich, um die Lieferungen von Stickstoff und Kali zu gewährleisten, eine Ausfallgarantie von 75 Millionen Mark übernehmen.

Damit sind aber die ostelbischen Grundbesitzer immer noch nicht entschuldigt. Im Rahmen der Osthilfe konnten bisher nur 30 Millionen ausgezahlt werden. Ausserdem sind Ablösungsscheine im Betrage von 100 Millionen geschaffen worden, die von der Reichsbank mit 80 % lombardiert werden können. Mit diesen Scheinen sollen die Barzahlungen umgangen und 2/3 der Gläubigerforderungen befriedigt werden. Der gesamte umzuschuldende Betrag wird aber auf 800 Millionen geschätzt. Dieser enorme Betrag soll nun lediglich mit Ablösungsscheinen umgeschuldet werden. Zu ihrer Verzinsung und Tilgung ist geplant, 350 Millionen der Industrieumlage, also Steuergelder, zu verwenden. Zur Sicherung sollen neu einzutragende Hypotheken und die Rentenbankgrundschuld dienen. Um eine Reserve für Ausfälle zu schaffen, will man eine 1%ige Verzinsung der Rentenbankgrundschuld wieder einführen, d.h. die gesamte Landwirtschaft soll für die verschuldeten Grossbetriebe zahlen, da diese in erster Linie von der Umschuldung Gebrauch machen. Durch nichts kann der immer noch überwiegende Einfluss der ost-

elbischen Junker klarer bewiesen werden als durch solche Pläne und es zeugt von der geschickten Politik der Grossgrundbesitzer in sämtlichen wirtschaftlichen Organisationen der Landwirtschaft, dass diese, selbst wenn sie hauptsächlich bäuerliche Mitglieder haben, noch nicht gegen diesen Raubzug auf die Bauernbetriebe protestierten.

Mit den Ablösungsscheinen allein gelangt man aber noch nicht aus den Schwierigkeiten heraus. Denn was nützen den Gläubigern 4%ige Ablösungsscheine, die erst nach 10 Jahren fällig werden. Die Gläubiger wollen über ihr Geld schon früher verfügen können. Deswegen finden jetzt andauernd Beratungen zwischen dem Reichskabinett und der Reichsbank statt, ob diese die Ablösungsscheine beleihen will.

Die Reichsregierung hat in nicht misszuverstehender Weise erst am Freitag gegen alle Inflationspläne Stellung genommen. Das, was jetzt zwischen Reichsregierung und Reichsbank beraten wird, ist aber nichts anderes als Inflationsmacherei. Würden für 800 Millionen Mark Ablösungsscheine - also Finanzwechsel - bei der Reichsbank diskontiert werden können, so würde der Geldumlauf in starkem Masse gesteigert, ohne dass gleichzeitig eine entsprechende Steigerung des Warenverkehrs, der eine Erhöhung des Geldverkehrs rechtfertigte, erfolgt. Ist es schon problematisch, durch eine Kreditausweitung Mittel für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zu erhalten, so ist eine Erhöhung des Kreditverkehrs im geplanten Umfange ein Unfug sondergleichen, weil durch eine derartige Kreditschöpfung kein einziger Erwerbsloser mehr beschäftigt werden würde. Der Widerstand der Reichsbank gegen diese abenteuerlichen Pläne scheint noch einigermaßen stark zu sein. Es wäre eine Katastrophe, wenn der schon oft unheilvolle Einfluss der Landwirtschaft auf die allgemeine Wirtschaftspolitik in diesem Falle sich durchsetzen würde.

SPD. Am Sonnabend wurde in Berlin, in den grossen städtischen Ausstellungshallen am Kaiserdamm, die 7. Grüne Woche eröffnet. Die Eröffnung erfolgte in Anwesenheit des Reichsernährungsministers Schiele, des preussischen Landwirtschaftsministers Dr. Steiger und des preussischen Finanzministers Dr. Klepper, der von seiner früheren Tätigkeit bei der Domänenbank und bei der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse besondere Beziehungen zur Landwirtschaft hat und die landwirtschaftlichen Probleme sehr genau kennt. Die Ausstellung nimmt 8 grosse Hallen mit rund 60 000 Quadratmetern ein. Sie bleibt bis über die erste Februarwoche hinaus geöffnet. Arbeitslose erhalten zum Besuch der Ausstellung Freikarten, die von den zuständigen Arbeitsämtern abgegeben werden.

Die Grüne Woche in Berlin hat eine reiche Tradition. Man kann ohne Uebertreibung sagen, dass von hier aus versucht wurde, die während des Krieges und in der Inflation rückständig gewordene deutsche Landwirtschaft auf neue Produktions- und Absatzmethoden umzustellen. Die Ausstellung am Kaiserdamm in Berlin ist in den letzten Jahren zweifellos so etwas wie eine Akademie für tausende und zehntausende von Landwirten geworden, die alljährlich während der landwirtschaftlichen Woche nach der Reichshauptstadt kommen. Mit dieser guten Tradition scheint es aber diesmal nicht so bestellt zu sein wie in den Vorjahren. Wenn man die 8 Hallen als aufmerksamer Beobachter durchwandert, hat man das Gefühl, dass diesmal am Kaiserdamm Krisenluft weht. Man hat das Gefühl, dass der diesmaligen Ausstellung der grosse Elan fehlt.

Schliesslich ist das verständlich. Wir stecken im dritten Krisenjahr. Das muss sich bemerkbar machen. Gerade dort, wo früher unzählige Firmen Neuerungen und Neuheiten ausstellten und ins Geschäft zu kommen versuchten, wo man uns in vergangenen Jahren die ersten Sitos aus Stein und Eisen zeigte, die Behandlung von Grünfütter für den Verbrauch im Winter demonstrierte, Standartisierung und Typisierung veranschaulichte usw., gibt es diesmal arge Lücken. Viele Firmen

Viele Firmen haben die Spesen gescheut, die Platzmiete, die Reklamekosten. Das spürt man im Berliner Wirtschaftsleben. Das wird man auch in den Finanzen der Berliner Ausstellungsgesellschaft, einer städtischen Einrichtung, zu spüren bekommen. Wir haben eben ein Notjahr und man könnte sich damit abfinden, wenn das der einzige Grund wäre, der die diesmalige Grüne Woche gegenüber ihren Vorgängerinnen abfallen lässt. Leider spielt aber noch vieles andere mit. Der Impuls in der Landwirtschaft, zu besseren Methoden in Produktion und Absatz zu kommen, um mit dem Auslande zu konkurrieren, hat sich totgelaufen. Das Wort von der Maschinisierung und Technisierung der Landwirtschaft ist etwas geworden, das heute in der deutschen Landwirtschaft anscheinend keinen Klang hat. Vielleicht erleben wir hier die Früchte einer rechtsradikalen Propaganda, die ein Ende der nun schon jahrelang dauernden Agrarkrise durch alle möglichen Faktoren und Phantome verspricht und das grundsätzlich negiert, woher wirklich eine Besserung kommen kann: die Verbilligung, die Verbesserung und Verfeinerung der landwirtschaftlichen Produktion. Hinter den protektionistischen Mauern, die der Reichsernährungsminister Schiele unter dem Druck der landbündlerischen Organisationen von Monat zu Monat höher baut, glaubt man vor dem Konkurrenzkampf mit der ausländischen Landwirtschaft verschont zu sein und verschont zu bleiben. Wir haben das Gefühl, als wenn die deutsche Landwirtschaft, gerade wie im Kriege und während der Inflation, wieder einmal noch rückständiger werden sollte, als wenn sie sich einbildete, man könnte hinter Zollschutzmauern auf die Dauer schlecht und teuer produzieren. Trifft das zu, dann ist es eine bedenkliche Psychologie, die die deutsche Landwirtschaft ergriffen hat. Sie kann nur mit einem fürchterlichen Debakle, mit einem Riesenkrach enden. Und das Erwachen muss fürchterlich sein.

Die Ausstellung imponiert diesmal durch eine Reihe von Kollektivausstellungen. Wir sehen eine grosse Sonderschau Deutscher Wald = Deutsches Holz. Wir sehen Siedlungshäuser, ganz aus Holz gebaut, geräumig, praktisch. Aber die Kostenfrage ist noch lange nicht so weit geklärt, dass man sagen kann, das Haus wäre für einen Vollerwerbslosen geeignet, der - davon gehen die Konstrukteure aus - auf einer Fläche von 30 bis 40 Morgen angesetzt wird. Im übrigen werden Markenerzeugnisse gezeigt. Das Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung stellt in einer Verpackungsmittelschau die Verpackungsmittel aus allen Ländern zusammen. Im übrigen gibt es eine Jagdausstellung. Dann Reiterturniere und wir hätten gewünscht, man hätte auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion und des landwirtschaftlichen Absatzes nur annähernd so viel Mühe verschwendet wie bei den Reitertourneen.

Zu erwähnen ist der protektionistische Zug, der sich diesmal stärker aufbläht als in den Vorjahren. Dabei mutet auch die Ausstellungsleitung Dinge zu, die man wohl nicht unwidersprochen hinnehmen kann. In einer für die Presse bestimmten Unterlage wird mitgeteilt, dass das "deutsche Volk 20 Milliarden für Nahrungsmittel ausbebe. Wovon nur 11 Milliarden die Erzeuger erhalten. Der Rest gehe ins Ausland." Wir beschränken uns darauf, diesen hanebüchernen Unsinn richtig zu stellen, indem wir darauf verweisen, dass der gesamte deutsche Import nicht die vom Messeamt genannte Zahl, sondern eben die Hälfte erreicht.

An technischen Neuerungen demonstriert eine Berliner Maschinenfabrik einen Holzgasgenerator unter dem Stichwort "Holz statt Benzin". Neuartig ist eine Kartoffelsortiermaschine. Viel Interesse dürften auch die aufgestellten Spezialmodelle von Spritzanlagen für die Forstwirtschaft und für den Gartenbau erwecken. Der Schlager der Ausstellung ist ein luftbereifter Akkerwagen, gewissermassen ein Universalwagen, der sicherlich für die Landwirtschaft viele brauchbare Eigenschaften hat.

SPD. Wie das Reichsstatistische Amt mitteilt, hat sich der Teuerungsindex im Januar, dem ersten Monat nach der Notverordnung vom 8. Dezember, von 130,4 auf 124,5 gesenkt. Ohne Zweifel entspricht diese Senkung nicht dem vorgeordneten Lohnabbau. Die Preissenkung hat mit der Lohnsenkung nicht Schritt gehalten.

Ueber die Entwicklung des Index teilt das Statistische Reichsamt folgendes mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Januar 1932 auf 124,5 gegenüber 130,4 im Dezember 1931; der Rückgang beträgt somit 4,5 v.H. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern

für Ernährung	um 3,2 v.H.	auf 116,1
" Wohnung	" 7,7 v.H.	" 121,5
" Heizung und Beleuchtung	" 5,6 v.H.	" 140,4
" Bekleidung	" 4,0 v.H.	" 123,9
" "Sonstigen Bedarf"	" 5,2 v.H.	" 171,1.

Der Rückgang der Reichsindexziffer ist wesentlich grösser als in den Vormonaten und hängt zum grossen Teil mit den Auswirkungen der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zusammen. Die Berechnungen auf Grund der Preisfeststellungen in der zweiten Januarhälfte ergeben im ganzen einen Rückgang

gegenüber der ersten Januarhälfte	1932	um 1,8 v.H.
" " zweiten Dezemberhälfte	1931	" 5,2 v.H.
" " ersten Dezemberhälfte	1931	" 5,7 v.H.
" " zweiten Novemberhälfte	1931	" 6,3 v.H.
" " zweiten Oktoberhälfte	1931	" 7,2 v.H.
" " zweiten Januarhälfte	1931	" 11,9 v.H.
	+ + +	

Die ganze Bewegung wird deutlicher, wenn man die einzelnen Indexreihen von Januar 1932 mit dem Stand der Reihen vom vorigen Jahr vergleicht. Es ergibt sich dann folgendes:

	Januar 1931	Januar 1932
	(1913/14 = 100 gesetzt)	
Gesamtindex	140, 4	124, 5
Ernährung	133, 5	116, 1
Wohnung	131, 8	121, 5
Heizung und Beleuchtung	150, 4	140, 4
Bekleidung	146, 4	123, 9
Sonstiger Bedarf	187, 3	171, 1

Die echte Ermässigung des Index beruht in erster Linie auf den Rückgang der Ernährungskosten. Der Ernährungsindex liegt auch mit 116,1 am tiefsten. Hier macht sich wohltuend der Mangel des Kartellunfugs bemerkbar, der in anderen Gebieten mehr grassiert als auf den Märkten für Lebensmittel. Ausserst hoch steht noch der "Sonstige Bedarf", wozu sicherlich die unsoziale Preispolitik der Verkehrsgesellschaften beiträgt. Auch der Wohnungsindex ist nicht entsprechend dem Lohnabbau gesunken. Man muss angesichts der Entwicklung des Index im Monat Januar 1932, die sicherlich hinter den Erwartungen zurückbleibt, betonen, dass die vorgenommene Mietsenkung ungenügend ist. Da die Löhne stärker gesunken sind, haben sich auf dem Gebiet der Miete unhaltbare Zustände entwickelt. Der Anteil der Mieten am Einkommen hat sich nach der Notverordnung vom 8. Dezember weiter verschlechtert, beträgt in vielen Fällen $\frac{1}{3}$ bis $\frac{1}{2}$ des Einkommens. Was wohl zur Genüge beweist, dass eine mehr befriedigende Mietsenkung, die anfänglich in einem Ausmass von 10 bis 15 % versprochen worden ist, schleunigst nachgeholt werden muss.

Mühlen erhöhen.

(Berliner Getreidebörse vom 30. Januar)

SPD. An der Berliner Produktenbörse fand am Sonnabend die feste Stimmung des Vortages ihre Fortsetzung. Am Markte der Zeitgeschäfte waren bei der Eröffnung Preisgewinne zu erzielen, die allerdings im Verlaufe der Börse z.T. wieder verloren gingen. Der Promptmarkt war fester veranlagt. Das Angebot an inländischem Weizen und Roggen blieb ausserordentlich klein, während die Mühlen weiter gute Kauflust zeigen. So mussten die Notierungen bei der Brotgetreidearten um 2 Mark heraufgesetzt werden. Auch Mehl hatte etwas besseres Geschäft. Die Mühle hatten ihre Forderungen zumeist um 25 Pfennig erhöht; jedoch ist es nicht immer leicht, die hohen Forderungen durchzusetzen. Hafer hatte stetige Tendenz. Hier hielten sich die Käufer etwas mehr im Hintergrund.

	29. Jan.	30. Jan.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	236 - 238	238 - 240
Roggen	196 - 198	198 - 200
Braugerste	158 - 168	158 - 168
Futter- und Industrierogerste	153 - 158	153 - 158
Hafer	139 - 147	138 - 146
Weizenmehl	28,50 - 32,50	29,00 - 32,75
Roggenmehl	27,25 - 29,50	27,50 - 29,75
Weizenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00
Roggenkleie	9,60 - 10,00	9,60 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 252½-252¼ (Vortag 251), Mai 260¼ (259½), Roggen März 205½ (204½), Mai 212½-211 (212), Hafer März 157-155½ (158½), Mai 164½-162½ (167).

SPD. Die schweizerische Regierung hat sich entschlossen, für eine Reihe von Waren Einfuhrkontingente einzuführen. Davon werden u.a. Textilien, Möbel, und Holz betroffen. Die Kontingente richten sich gegen die deutsche Einfuhr und stehen im Zusammenhang mit der Kündigung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages, der am 4. Februar abläuft. Der Grund für die erfolgte Kündigung war der Wunsch der Schweiz, die deutsche Einfuhr im Interesse ihrer Handelsbilanz abzustoppen. Zu diesem Zwecke wurden Einfuhrkontingente vorgeschlagen. Eine Einigung zwischen Deutschland und der Schweiz war nicht möglich. Beide Teile haben sich aber das Versprechen gegeben, auch nach Ablauf des Vertrages Mittel und Wege zu finden, einen selbstmörderischen Zollkrieg zu vermeiden. Soweit Nachrichten vorliegen, bezwecken die Kontingente, die deutsche Einfuhr nach der Schweiz um rund 10 % zu verringern. Die schweizerische Regierung hat, das muss ihr zugestanden werden, von ihren Vollmachten, die Inlandsmärkte vor einer "unwillkommenen" Einfuhr zu schützen, mit Mass Gebrauch gemacht. Sie hat vor allem die Wünsche der Interessenten, die auf eine weitgehende Drosselung der deutschen Einfuhr hinzielen, abgelehnt. Nach der vor 14 Tagen veröffentlichten Zollnotverordnung hat die Reichsregierung die Möglichkeit, Gegenmassnahmen zu treffen. Man kann nur erwarten, dass die deutsche Reichsregierung die ihr in der Notverordnung erteilte Ermächtigung so ausnutzt, dass eine Basis geschaffen wird, mit der Schweiz bald wieder in ein Vertragsverhältnis zu kommen. Das liegt im Interesse beider Länder; denn schliesslich werden sich die Dinge hüten wie drüben so entwickeln, dass an Stelle der ausfallenden Schweizer und Deutschen Lieferanten anderer Länder treten und dass die Industrien beider Länder das Nachsehen haben.

Bauernbund Bundschau *

SOS=Ruf der Bauarbeiter.

Sie fordern eine Notstandsaktion.

SPD. Der Zusammenbruch des Baumarktes ist das schlimmste Kapitel der durch Passivität und Resignation charakterisierten Arbeitsmarktpolitik der Reichsregierung. Die Folgen dieses Zusammenbruchs sind geradezu verheerend. Ein furchtbares, Körper und Seele zerstörendes, Elend steckt hinter den grauenvollen Zahlenkolonnen der Arbeitslosenstatistik des Baugewerksbundes. Gewiss sind die Bauarbeiter nur eine Gruppe unter den vielen Bedauernswerten, die heute unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben. Unter den 6 Millionen gezählten Arbeitslosen machen sie - ohne die baugewerblichen Nebenberufe - "nur" ein gutes Zehntel aus. Allein es handelt sich hier um Angehörige eines als Schlüsselgewerbe anerkannten Berufes, der durch seine Beschäftigung über seinen Kreis hinaus noch mindestens einer Million Arbeitern und Angestellten die Möglichkeit zur Arbeit schaffen könnte.

Mit der geradezu hoffnungslosen Lage der Arbeitslosen des Baugewerbes hat sich dieser Tage der Beirat des Deutschen Baugewerksbundes eingehend beschäftigt. Das Ergebnis seiner Beratungen hat der Vorstand des Bundes in einem Schreiben an den Reichskanzler Dr. Brüning zusammengefasst.

Die karge Arbeitslosenunterstützung - so lautet im wesentlichen der Gedankengang des Alarmrufs der Bauarbeiter an die Reichsregierung - hält den Arbeitslosen und die Seinen nur an der Grenze des Hungers. Kleidung und Hausrat können nicht mehr ersetzt werden und irgendwelche Kulturbedürfnisse zu befriedigen, ist völlig unmöglich. Nach der im Baugewerksbund allwöchentlich durchgeführten Arbeitslosenzählung waren im Juli 1931 von je hundert der Bundesmitglieder 55 ohne Arbeit. Das war im Verlauf dieses Jahres der niedrigste Stand. Im Januar/Februar 1931 hat das Verhältnis 75 v.H. betragen und in der zweiten Januarwoche 1932 bereits 87 v.H. Diese wenigen Zahlen bezeugen die furchtbare Tatsache, dass es im Durchschnitt des Jahres 1931 für 68 v.H. der Mitglieder des Baugewerksbundes - das sind nach dem gegenwärtigen Mitgliederstand weit über 200 000 Bauarbeiter - nicht einen einzigen Tag Arbeit gegeben hat. Dabei gibt es Gelegenheit zu notwendigen und volkswirtschaftlich lohnenden Bauarbeiten in überreicher Masse. Der Zustand der Wege und Strassen erschwert vielfach den Personen- und Warenverkehr. Neue Strassen, Brücken und Kanäle könnten in vielen Fällen den Verkehr sicherer und zweckmässiger gestalten. Ueberschwemmungskatastrophen beweisen immer wieder, dass Flussregulierungen, Deichbauten und Talsperren volkswirtschaftlichen Nutzen bringen könnten. Bei der Struktur der deutschen Wirtschaft müsste gerade die Neuinvestierung bedeutender Summen in Strassenbau- und wasserwirtschaftlichen Anlagen besonders geeignet sein, den Anstoss zur Wiederbelebung der Wirtschaft zu geben. Diese Arbeiten würden Kaufkraft schaffen, ohne dass durch die dafür geleistete Arbeit gleichzeitig neu geschaffene Konsumgüter auf den Warenmarkt drängen. Die auf diese Weise entstehende Kaufkraft würde vielmehr auf dem Warenmarkt den nötigen Raum für eine Neuingangsetzung der Konsumgüterindustrie in weitestem Sinne schaffen. Das ist besonders zu beachten; denn die Dauerkrise hat auf dem Arbeitsmarkt im Jahre 1929 ihren Ausgang deutlich erkennbar von den Konsumgüterindustrien aus genommen.

Der Baugewerksbund verlangt von der Reichsregierung, dass unverzüglich eine grosszügige Notstandsaktion in Angriff genommen wird. Kleinhaussiedlung

gen, Stadtrandsiedlungen und ähnliche Pläne böten nur verschwindend wenigen Arbeitern - und auch nur für eine kurze Zeit - Arbeit. Erst ein zum Arbeiten wieder erwecktes Baugewerbe lasse auch das übrige Wirtschaftsleben wieder aufatmen.

SPD. Von den RGO-Komödianten sind zwei neue Heldenstücke bekannt geworden. Das eine wurde in Oppeln, das zweite in Köln gespielt.

In Oppeln wollte die RGO beim Reichsbahn-Ausbesserungswerk streiken. Der Streikbeschluss wurde am Sonnabend gefasst. "Gestreikt" wurde an zwei Tagen, am Sonntag und am Montag, als das Werk - geschlossen war. Sonntag wird nämlich in den grossen Eisenbahnwerkstätten überhaupt nicht gearbeitet und am Montag war Feiertag. Als am Dienstag eine Kontrollkommission der Arbeitslosen vor Arbeitsbeginn die Arbeitswilligen feststellen wollte, waren die kommunistischen Kontrolleure wie aus den Wolken gefallen. Es ergab sich, dass die RGO-Führer, die vorher so heftig zum Streik aufgerufen hatten, als erste im Betriebe erschienen waren. -

In Köln hatte, wie erst jetzt bekannt wird, am 2. Januar, als die RGO den Generalstreik durchführen wollte, in der Bleiweiss-Fabrik von Lindgens und Söhne in Köln-Mannheim die Belegschaft irregeleitet durch die RGO-Betriebsräte, die Arbeit niedergelegt. Um 11 Uhr machte die Firma bekannt, dass alle Arbeiter fristlos entlassen würden, die um 1 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen hätten. Sofort bekamen es die neun RGO-Betriebsräte mit der Angst zu tun, und diese Angst war so gross, dass sie folgende von der Firma vorgelegte Erklärung unterschrieben: "Ich Unterzeichneter erkläre durch meine Unterschrift, dass ich mein Amt als Betriebsratsmitglied freiwillig niederlege und mich zu einer Neuwahl nicht wieder werde aufstellen lassen". Nach der Unterzeichnung wurden die Maurevolutionäre mit den anderen Arbeitern wieder eingestellt.

Früh morgens, wenn die Hähne kräh'n, revolutionär! Aber - ehe der Hahn zweimal kräht, wirst du mich dreimal verleugnet haben.

SPD. Die jüngste Notverordnung hat die Unfallversicherung besonders hart angefasst. Die kleinen Renten sind abgebaut worden. Alle Renten bis zu 20 % der Vollrente wurden gestrichen, und daneben sind noch verschiedene scharfe Verschlechterungen für die Versicherten vorgesehen. Den Unternehmern genügt das aber noch immer nicht. Sie haben - wie wir von massgebender Stelle erfahren - für die Unfallversicherung neue Abbauforderungen angemeldet. Sie möchten bei der vorgesehenen grossen Reform der Sozialversicherung noch einen Abbau um 20 % herausschlagen.

Eine Erfüllung dieser Forderung ist völlig unmöglich. Die Regierung sollte die Unternehmer darauf aufmerksam machen, dass sie selbst die Möglichkeit haben, in der Unfallversicherung zu sparen. Die Verwaltungskosten in der Unfallversicherung sind am höchsten; sie betragen 10 %. In der Invalidenversicherung machen sie erst 5 % aus und bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen, die einen starken täglichen Verkehr haben, im Durchschnitt erst 6,6 %. Die Herrschaften sollen doch ihre Sparwut zunächst einmal an sich selbst austoben lassen.

SPD. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber, geführt vom Reichsverband der deutschen land- und fortwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen e.V., machen starke Anstrengungen, auch für das Jahr 1932 eine Neuzulassung ausländischer Wanderarbeiter zu erreichen. Ebenso drängen sie auf verstärkte Vermitt-

lung inländischer Wanderarbeiter. Beide Massnahmen sind geeignet, die Arbeitslosigkeit der in der Nähe des Arbeitsplatzes ortsansässigen Landarbeiter zu steigern.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband hat sich gegen diese Absichten der Arbeitgeber mit einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister gewandt. In der Eingabe wird auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft verwiesen. Die Stichtage aus den Jahren 1928 bis 1932 ergeben erschreckende Ziffern. Es waren auf den Arbeitsämtern Arbeitslose aus der Landwirtschaft gemeldet:

	<u>1. Januar</u>	<u>1. August</u>
1928	70 255	20 062
1929	122 914	25 326
1930	150 981	55 128
1931	195 673	100 656
1932	273 450.	

Die Zahl der wirklich erwerbslosen Landarbeiter ist noch höher, da sich diese nicht in voller Zahl auf den Arbeitsämtern melden. Wenn selbst in der arbeitsreichen Zeit der Landwirtschaft, am 1. August, über 100 000 Arbeitslose gemeldet waren, dann erübrigt sich jeder Zuzug ausländischer Saisonarbeiter. Das gleiche gilt für die Vermittlung inländischer Saisonarbeiter. Ob ausländische oder inländische Saisonarbeiter - beide sind eine ständige Bedrohung des ortsansässigen Landarbeiters. Kolonnen deutscher Saisonarbeiter dürften von rechtswegen nur für solche Betriebe zugelassen werden, für die die Arbeitsämter einen tatsächlichen Mangel an ortsansässigen Landarbeitern festgestellt haben.

Die Eingabe des DLV. wendet sich gegen die Absichten der Arbeitgeber, die landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung aus dem Rahmen der Reichsanstalt zu lösen.

SPD. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat sich bereit erklärt, den Arbeitsdienstwilligen bei Reisen zum Antritt des freiwilligen Arbeitsdienstes sowie bei der Rückreise zum Wohnort nach Beendigung der Arbeit gegen jederzeitigen Widerruf, längstens bis zum 31. Dezember 1932, Fahrpreisermassigung in Höhe der Hälfte des sonst gültigen Fahrpreises in der 3. Wagenklasse für Personenzüge zu gewähren. Für Eil- und Schnellzüge ist ausserdem der volle Zuschlag zu entrichten.

SPD. In den Vereinigten Staaten hat Wisconsin als erster Bundesstaat beschlossen, vom nächsten Jahr ab die obligatorische Arbeitslosenversicherung einzuführen, wenn die Arbeitgeber die Versicherung bis dahin nicht freiwillig durchgeführt haben. Aus dem Arbeitslosenfonds soll 10 Wochen lang eine Wochenunterstützung von 10 Dollar gezahlt werden.

SPD. Am 7. Februar veranstaltet die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsoffer und Kriegsteilnehmer (Ciamac) eine grosse Kundgebung für Abrüstung, Völkerverständigung und Weltfrieden. An der Kundgebung werden neben den in der Schweiz wohnenden Kriegsoffern Mitglieder der französischen, deutschen und österreichischen Kriegsofferorganisationen teilnehmen.